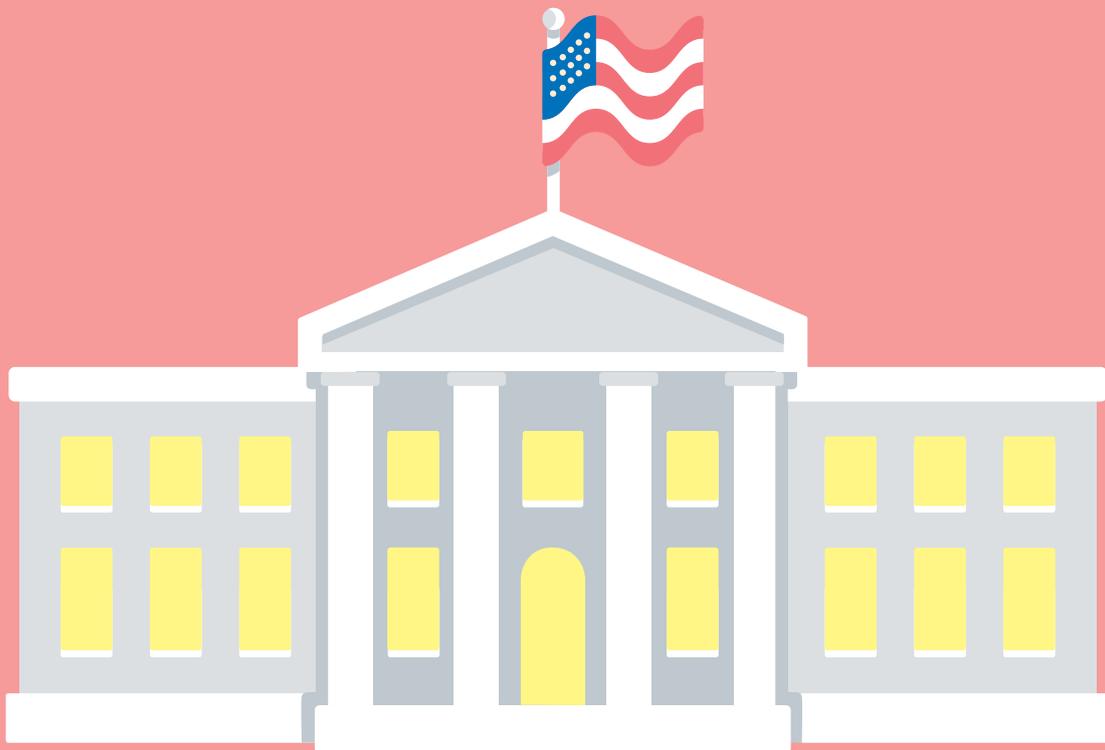


# Im Zollhaus



**USA.** Sprunghaft, willkürlich, unberechenbar – die Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump belastet die Weltwirtschaft. Die derzeit ausgesetzten reziproken Zölle würden die Wirtschaftsleistung in den kommenden Jahren in vielen Ländern stark nach unten ziehen, wie das IW nun simuliert hat. Im iwd-Interview spricht sich Senior Economist Galina Kolev-Schaefer für eine zweigleisige Strategie aus, indem die EU weiter mit den USA über den Abbau von Handelsschranken spricht und gleichzeitig den eigenen Export diversifiziert. —→ [Seiten 2-5](#)

## Hochschulen

Die Ausbildung internationaler Studenten rechnet sich für Deutschland selbst dann, wenn nur wenige von ihnen nach dem Abschluss in der Bundesrepublik bleiben.

—→ [Seiten 10-11](#)

## Arbeitskosten

Die deutsche Metall- und Elektro-Industrie hat mit hohen Lohnstückkosten und einer im internationalen Vergleich niedrigen Jahresarbeitszeit zu kämpfen.

—→ [Seiten 14-15](#)

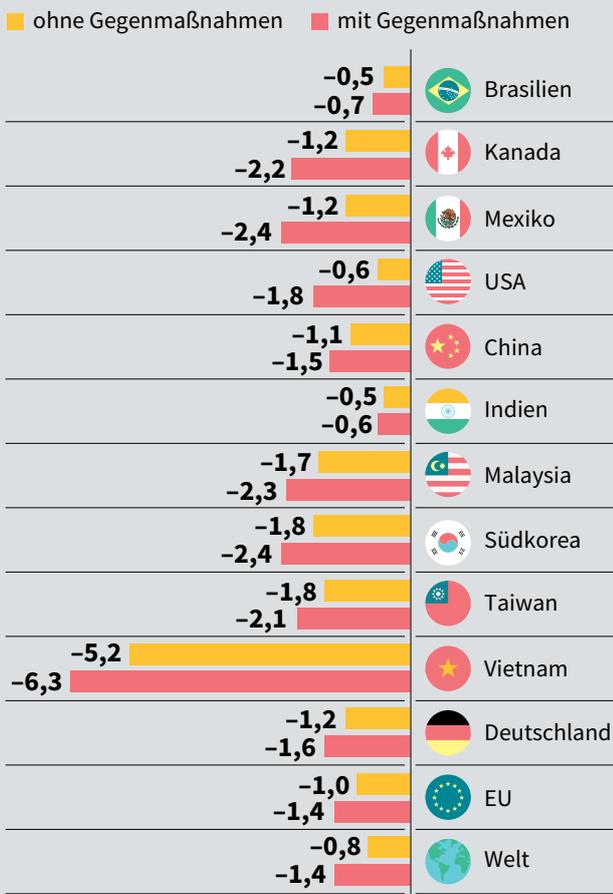
# Unberechenbarer Partner



**USA.** Mit seiner Zollpolitik hat US-Präsident Donald Trump die Weltwirtschaft geschockt. Deutschland und die EU würden die derzeit noch ausgesetzten Zölle stark treffen. Die Staatengemeinschaft sollte daher auf Verhandlungen setzen, gleichzeitig aber auch mit schmerzhaften Gegenmaßnahmen drohen.

## Die Kosten der US-Zölle

Um so viel Prozent weicht das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesen Ländern durch die angekündigten US-Zusatzzölle von 2025 bis 2028 jahresdurchschnittlich vom Basisszenario (keine zusätzlichen Zölle) ab



Es ist eine Abkehr von allem, wofür die USA in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftspolitisch standen. US-Präsident Donald Trump hat mit seinem Zollrundumschlag am selbst ernannten „Tag der Befreiung“ der Welt den Handelskrieg erklärt.

Auf Warenimporte aus allen Ländern gilt seit dem 5. April ein Basiszoll von 10 Prozent. 75 Staaten, mit denen die USA ein relativ großes Handelsdefizit haben, wurden mit weiteren Zöllen bedacht, die allerdings bis auf die Ausnahme China derzeit noch ausgesetzt sind. Die Logik der Trump-Administration: Die USA werden durch ihre Handelspartner ungerecht behandelt. Das sollen die sogenannten reziproken Zölle ausgleichen.

Das Vorgehen verstößt gleich gegen mehrere Regeln der Welthandelsorganisation (WTO), unter anderem gegen die Zollobergrenzen. Darüber hinaus ist die Berechnung der Zölle aus ökonomischer Sicht nicht haltbar, da die Administration Trump zum Beispiel eine Elastizität von 0,25 unterstellt, das heißt, nur ein Viertel der durch die neuen Zölle verursachten Handelskosten würden auf die Preise in den USA überwältigt. Die Praxis lehrt etwas anderes:

**Rechnet man mit konservativ geschätzter Elastizität von 0,75, würden etwa für die EU statt des von der Trump-Administration ermittelten Zusatzzolls von 39 Prozent nur 13 Prozent zu Buche stehen.**

Zudem ist der Ansatz der Berechnung realitätsfern, weil er Veränderungen von Wechselkursen, Exporten und anderen ökonomischen Größen ignoriert.

Auch das Ziel der USA, das Handelsbilanzdefizit durch Zölle zu mindern, ist nicht zu erreichen, solange die USA selbst hohe Überschüsse in der Kapitalbilanz erzielen. Dabei greifen ökonomische Grundprinzipien: Die Zahlungsbilanz, bestehend aus der Leistungsbilanz mit vor allem Waren und Dienstleistungen sowie der Kapitalbi-

Simulationen mit dem Global Economic Model der am 2. April 2025 angekündigten zusätzlichen US-Zölle gegenüber den aufgelisteten Ländern ohne Gegenmaßnahmen (Szenario 1) und mit Vergeltungszöllen in gleicher Höhe (Szenario 2); Vietnam: 46 Prozent, China: 34 Prozent, Taiwan: 32 Prozent, Indien: 27 Prozent, Südkorea: 25 Prozent, Malaysia: 24 Prozent, EU: 20 Prozent, jeweils 10 Prozent: Mexiko, Kanada, Brasilien

Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft

lanz, ist aufgrund der doppelten Buchführung immer ausgeglichen.

Statt einer Senkung ist zu erwarten, dass sich das Handelsdefizit der USA aus Ländern mit hohen auferlegten Zöllen in Staaten mit niedrigen Zollsätzen verlagert. Dieser Effekt war schon in Trumps erster Amtszeit und dem damaligen Konflikt mit China zu sehen.

Ungeachtet der anscheinend wenig durchdachten Zollpolitik müssen sich die betroffenen Länder mit den Konsequenzen beschäftigen. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat die ökonomischen Schäden durch die angedrohten Zölle mithilfe des Oxford-Modells geschätzt. Staaten, die stark exportorientiert sind und aus denen große Teile der Ausfuhren in die USA gehen, würden demnach besonders leiden (Grafik Seite 2):

**In Vietnam dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) durch die amerikanischen Zölle zwischen 2025 und 2028 schätzungsweise um 5,2 Prozent im Jahresdurchschnitt sinken. Sollte das Land Gegenmaßnahmen ergreifen, könnte das Minus sogar 6,3 Prozent pro Jahr betragen.**

Auch das BIP anderer asiatischer Staaten wie Malaysia und Südkorea wäre überdurchschnittlich stark betroffen. Für Deutschland hat das IW ein Minus von jahresdurchschnittlich 1,2 Prozent ohne und 1,6 Prozent mit Gegenmaßnahmen für die vier Jahre bis 2028 errechnet, für die gesamte EU wären es jeweils 0,2 Prozentpunkte weniger. Auch in den USA selbst würde die Wirtschaftsleistung sinken, wenn auch nur im Falle von Gegenmaßnahmen stärker als im Durchschnitt aller Länder.

Ein weiteres Risiko für die Weltwirtschaft ist der eskalierende Handelskonflikt der USA mit China. Das gegenseitige Hochschaukeln führt inzwischen zu absurd hohen Zöllen auf beiden Seiten. Nur für sich betrachtet ist das für Deutschland bereits ein Problem (Grafik):

**Nach IW-Berechnungen würde das BIP hierzulande jahresdurchschnittlich um 1 Prozent über die Jahre 2025 bis 2028 niedriger ausfallen, sollten sich die USA und China dauerhaft mit Zöllen von 125 Prozent belegen.**

Angesichts all der potenziell massiven Verwerfungen durch die US-Zollpolitik gilt es für Deutschland und die EU, kühlen Kopf zu bewahren. Der Schritt, auf Verhandlungen zu setzen und gleichzeitig mit einem eigenen Zollpaket Stärke zu demonstrieren und eine Drohkulisse aufzubauen, ist richtig. Die EU sollte zudem ihre Gegenmaßnahmen mit anderen Staaten abstimmen, um im Fall der Fälle den Schaden für die USA zu maximieren.

Außerdem sollte sich die Staatengemeinschaft mit ihren potenziellen Zöllen nicht auf den Warenhandel beschränken, denn hier sitzt sie aufgrund ihres großen

Überschusses gegenüber den USA am kürzeren Hebel. Im Dienstleistungshandel ist es jedoch genau andersherum. Besonders groß ist das Defizit mit 125 Milliarden Euro bei den „Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum“. Schätzungsweise drei Viertel dieser Summe dürften Zahlungen von US-Tochterfirmen in der EU an ihre Mutterkonzerne in den Vereinigten Staaten sein. EU-Firmen würden von Abgaben in diesem Bereich demnach kaum direkt getroffen. Allerdings wäre ein solcher Schritt Neuland. Daher ist zu prüfen, wie er sich auf die europäische Wirtschaft auswirken würde.

**IW-Report 17/2025**

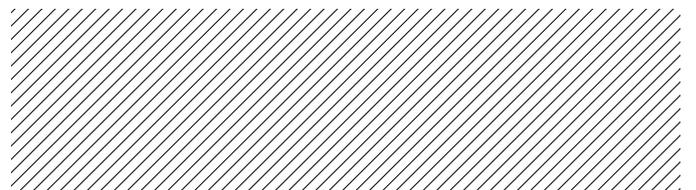
Galina Kolev-Schaefer, Jürgen Matthes, Samina Sultan:  
 Trumps Liberation Day: ein Epochenbruch

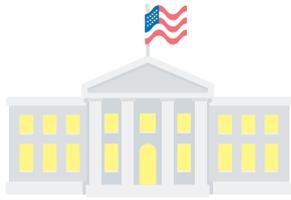
**Handelskonflikt USA-China:  
 Auch Deutschland betroffen**

*Um so viel Prozent weicht das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesen Ländern durch diese möglichen US-Zölle auf Waren aus China von 2025 bis 2028 jahresdurchschnittlich vom Basisszenario (keine zusätzlichen Zölle) ab*

	USA	China	Deutschland
20 Prozent ohne Vergeltung	-0,1	-0,4	-0,1
20 Prozent mit Vergeltung	-0,3	-0,5	-0,2
34 Prozent ohne Vergeltung	-0,2	-0,7	-0,2
34 Prozent mit Vergeltung	-0,4	-0,9	-0,3
50 Prozent ohne Vergeltung	-0,3	-1,1	-0,3
50 Prozent mit Vergeltung	-0,6	-1,3	-0,5
125 Prozent ohne Vergeltung	-0,6	-2,1	-0,7
125 Prozent mit Vergeltung	-1,3	-2,6	-1,0
145 Prozent ohne Vergeltung	-1,4	-2,9	-1,1
145 Prozent mit Vergeltung	-1,5	-3,0	-1,2

Ohne sonstige weltweite Zusatzzölle  
 Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2025 IW Medien / iwd





**Interview.** Die USA haben mit ihrer Zollpolitik die Weltwirtschaft aus dem Gleichgewicht gebracht. Im iwd-Interview erklärt IW-Senior Economist **Galina Kolev-Schaefer**, was das für die Globalisierung bedeutet, wie die EU mit der Situation umgehen sollte und welche Schritte sie von der deutschen Regierung erwartet.

# „In einem Handelskonflikt gibt es keine Gewinner“

## **Die USA zetteln einen weltweiten Handelskonflikt an. Ist die Globalisierung am Ende?**

Das nicht, aber wir sehen auf alle Fälle eine Verlangsamung der Globalisierung. Diese ist nicht neu, sondern hat bereits 2009 mit der Wirtschafts- und Finanzkrise begonnen. Der „Economist“ hat dafür 2019 den Begriff der „Slowbalisation“ verwendet. Der aktuelle Handelskonflikt wird diese Verlangsamung sicherlich noch mal verstärken.

Ich wäre aber vorsichtig, von einer De-Globalisierung zu sprechen, denn wir erleben heutzutage eine andere Art von Globalisierung. Viele Unternehmen produzieren in anderen Ländern und bedienen von dort aus den Markt, statt wie früher aus dem Heimatland zu exportieren.

Zudem gewinnt der Dienstleistungshandel an Bedeutung.

## **Wie sehr ist die Sprunghaftigkeit von US-Präsident Trump in Handelsfragen ein Problem?**

Das ist vor allem für die Unternehmen schwierig, denn sie benötigen Sicherheit und Planbarkeit, um das eigene Geschäft weiterentwickeln zu können. Die derzeitige wirtschaftliche und geopolitische Unsicherheit führt dazu, dass viele Unternehmen abwarten und geplante Investitionen verschieben oder sogar reduzieren.

## **Gibt es für Deutschland Optionen, den Warenhandel stärker zu diversifizieren?**

Eines ist klar, die USA können wir als Handelspartner nicht komplett ersetzen. Sie ist Deutschlands

wichtigster Kunde weltweit. Es gibt aber andere spannende Länder und Regionen. Ich denke da an Indien, Südamerika und Südostasien. Sie entwickeln sich wirtschaftlich zum Teil gerade rasant und haben auch noch viel Potenzial. Das müssen wir nutzen. Wir dürfen aber nicht außer Acht lassen, dass es dort einen anderen Lebensstandard gibt. Das heißt, Produkte, die wir in den USA verkaufen, können wir nicht so leicht in diesen Ländern absetzen.

Darüber hinaus haben wir in Europa noch Möglichkeiten, den Handel zu stärken, indem wir Barrieren abbauen und einheitliche Regeln schaffen. In manchen Ländern gibt es zum Beispiel eine Digitalsteuer, in anderen nicht. In Deutschland gilt das Lieferkettenge-

setz, in anderen nicht. Wenn unterschiedliche Anforderungen an Produkte gelten, ist es automatisch eine Barriere, und das behindert den Handel.

### **Wo sind wir besonders stark von Amerika abhängig?**

Es gibt einzelne Branchen, die relativ hohe Abhängigkeiten haben, etwa die Automobilindustrie, der Maschinenbau und die Pharmabranche. Sie werden natürlich schauen, wie sie ihr Geschäft eventuell diversifizieren. Es ist aber nicht auszuschließen, dass einige Unternehmen in den USA investieren, um von dort aus den Markt zu beliefern, denn er ist aufgrund der hohen Kaufkraft in den Vereinigten Staaten vor allem für hochpreisige Produkte weiterhin attraktiv.

### **Wie stark ist die Verhandlungsmacht der EU überhaupt, wenn wir dann zumindest doch in einigen Branchen ziemlich abhängig von den USA sind?**

Ganz grundsätzlich: In einem Handelskonflikt kann es keine Gewinner geben. Das ist kein Nullsummenspiel. Aber die EU wäre in Bezug auf den Warenhandel hier der größere Verlierer, da sie stärker von den Exporten in die USA abhängig ist als umgekehrt. Im Dienstleistungsbereich ist es aber genau anders herum. Die großen Tech-Unternehmen haben in Europa einen riesigen Markt, den sie bedienen. Insofern haben wir im Dienstleistungssektor eine bessere Verhandlungsposition.

### **Es gibt Stimmen, die von der EU mehr Härte gegenüber den USA fordern. Sehen Sie das auch so?**

Wir haben am Beispiel China gesehen, was daraus folgt. Der Konflikt ist weiter eskaliert und jetzt sind die Zölle prohibitiv hoch. Bei einem Zollsatz von 145 Prozent überlegt man zweimal, ob ein Produkt überhaupt importiert werden soll. China ist aber noch mal



Foto: IW

ein Sonderfall, weil sich die Waren aus dem Reich der Mitte in vielen Bereichen nicht richtig ersetzen lassen. Das werden die Verbraucher in den USA spüren und wohl an der einen oder anderen Stelle verzichten müssen.

Wir in Europa sollten Lösungen in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten suchen und parallel dazu weiter diversifizieren. Und wir müssen mehr Energie darauf verwenden, Handelsabkommen mit anderen Ländern zu schließen. Es gilt, das Mercosur-Abkommen zu ratifizieren und weitere Abkommen, etwa mit Indien, schnell zu schließen. Wir müssen gute Bedingungen für unsere Unternehmen schaffen, damit sie sich in dieser schwierigen Situation zurechtfinden.

### **Was bedeutet der Handelskonflikt für die neue Bundesregierung?**

Sie muss Flagge zeigen. Als größte Volkswirtschaft in der EU wird von Deutschland viel erwartet und auch die USA erwarten viel von uns. In Trumps erster Amtszeit hieß es oft, er ruft in Berlin an, wenn es um Gespräche zwischen den USA und der EU ging.

Deutschland muss eine Führungsrolle übernehmen und einen guten Draht zu den USA aufbauen, aber auch innerhalb der Europäischen Union darauf hinarbeiten, dass wir mit einer Stimme sprechen und unsere Interessen gut verteidigen. Die neue Regierung muss präsent sein, sich zeigen und aktiver Teil der Lösungsfindung sein. Einfach nur abzuwarten, ist keine Option.

# Maßvoller Abschluss

**Öffentlicher Dienst.** Im öffentlichen Dienst haben sich die Tarifparteien, die seit Januar über Arbeitszeiten und Einkommen stritten, vor Kurzem auf die Übernahme des Schlichterspruchs geeinigt. Die Löhne steigen in zwei Schritten um insgesamt 5,8 Prozent, außerdem erhalten die Beschäftigten einen zusätzlichen Urlaubstag.

8 Prozent mehr Geld, mindestens aber 350 Euro zusätzlich pro Monat, höhere Zuschläge und drei zusätzliche freie Tage im Jahr (beziehungsweise vier für Gewerkschaftsmitglieder) – mit diesen zentralen Forderungen waren ver.di, GEW, dbb und GdP zur diesjährigen Tarifrunde des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen angetreten.

Für Diskussionen sorgte vor allem die Forderung nach zusätzlichen freien Tagen. Die Gewerkschaften argumentierten, dass der öffentliche Dienst angesichts von mehr als 570.000 fehlenden Mitarbeitern attraktiver werden müsse. Allerdings ist es utopisch zu glauben, dass die öffentliche Hand das Geld für derart umfassende Neueinstellungen aufbringen kann. Vielmehr verschärft jede Verkürzung der Arbeitszeit die angespannte Personalsituation – und Arbeitsverdichtung wäre die Folge. Der Schlichterspruch stellt einen Mittelweg dar:

**Der Kompromiss, der den Tarifstreit im öffentlichen Dienst beendet hat, sieht unter anderem einen zusätzlichen Urlaubstag für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten ab 2027 vor.**

**„Jahressonderzahlungen können künftig in freie Tage umgewandelt werden“**

Im Gegenzug wird schon ab 2026 ein Arbeitszeitkorridor geschaffen, der Mehrarbeit ermöglicht: Auf freiwilliger Basis können Beschäftigte ihre Arbeitszeit temporär auf bis

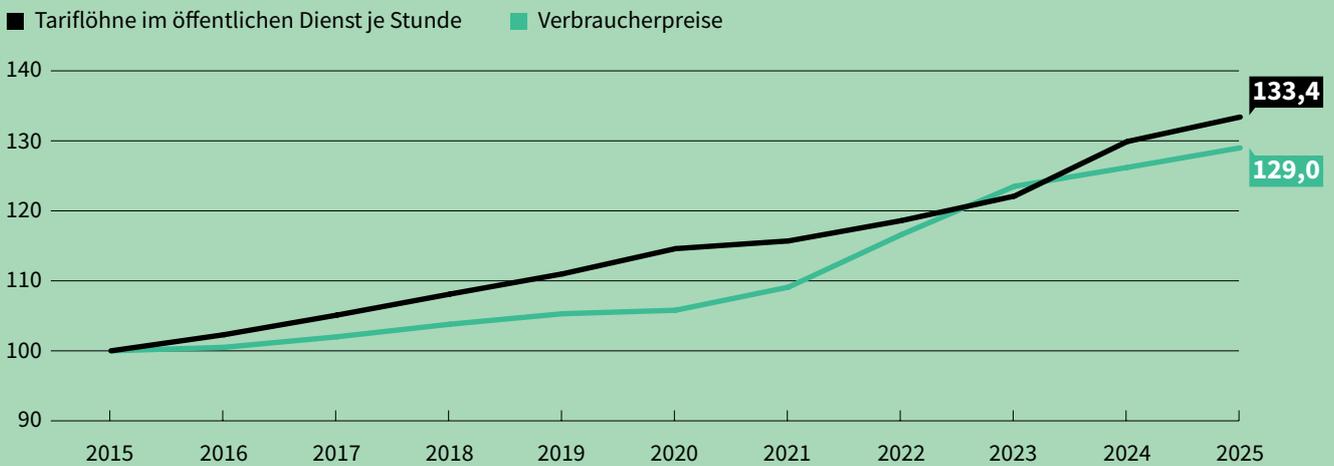
zu 42 Wochenstunden verlängern. Dafür bekommen sie einen Zuschlag von bis zu 25 Prozent.

Ein dritter Arbeitszeitbaustein sieht vor, dass die Mitarbeiter ihre Jahressonderzahlung künftig in bis zu drei freie Tage umwandeln können. Solche Wahlmodelle, die es auch in anderen Branchen gibt, kosten zwar wertvolle Arbeitszeit, machen den öffentlichen Dienst für Arbeitnehmer aber attraktiver. Zudem sind sie sinnvoller als kollektive Arbeitszeitverkürzungen.

In puncto Vergütung wollten ver.di und Co. vor allem die unteren Entgeltgruppen bevorzugen. Das konnten die Arbeitgeber weitgehend abwehren. Es gibt nun rückwirkend ab 1. April 2025 3 Prozent mehr Geld, mindestens aber 110 Euro im Monat. Für die unterste Entgeltgruppe bedeutet das ein Einkommensplus von knapp 4,5 Prozent. Im Mai 2026 folgen noch einmal 2,8 Prozent mehr Geld für alle. Der neue Tarifvertrag

## Öffentlicher Dienst: Die Lohnentwicklung

in Deutschland, 2015 = 100



Tariflöhne: einschließlich Nebenvereinbarungen wie Einmalzahlungen, Urlaubsgeld, Jahressonderzahlung und Ähnliches; 2025: Prognose

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

des öffentlichen Dienstes läuft bis Ende März 2027.

Die höheren Entgeltgruppen profitieren vor allem davon, dass die Jahressonderzahlung bei den Kommunen einheitlich auf 85 Prozent eines Monatsgehalts erhöht wird. Bisher bekamen nur die Entgeltgruppen 1 bis 8 diese Aufstockung. Die obersten Entgeltgruppen 13 bis 15 erhielten dagegen nur knapp 52 Prozent, die mittleren Gruppen gut 70 Prozent. Beim Bund wird künftig je nach Entgeltgruppe zwischen 75 und 95 Prozent (statt 60 bis 90 Prozent) gezahlt.

Außerdem gibt es höhere Zulagen für die Schichtarbeit. In Krankenhäusern steigt die Wechselschichtzulage von 155 Euro auf 250 Euro monatlich. Überall sonst steigt die Zulage von 105 Euro auf 200 Euro im Monat.

Den Bund kostet der neue Tarifabschluss zusätzlich 1,95 Milliarden Euro über die gesamte Laufzeit des Tarifvertrags, in den Kommunen dürften es mehr als 10 Milliarden Euro jährlich sein. Das ist viel Geld, doch schließlich soll und will der öffentliche Dienst ein attraktiver Arbeitgeber für motivierte Mitarbeiter sein. Grundsätzlich sind die

Tariflöhne im öffentlichen Dienst besser als ihr Ruf (Grafik):

**Seit 2015 konnten die Tariflohnerhöhungen im öffentlichen Dienst die Inflation insgesamt mehr als ausgleichen. Auch in diesem Jahr wird die nun ausgehandelte Lohnsteigerung die höheren Verbraucherpreise übertreffen.**

Wenn dies zu einer höheren Motivation der Mitarbeiter beim Bund und in den Kommunen führt und so die Digitalisierung der Verwaltung vorangeht und sich Genehmigungsverfahren beschleunigen, wäre das Geld des Steuerzahlers gut angelegt.

# Unterwegs auf vier Rädern

**Motorisierungsgrad.** Die Pkw-Dichte innerhalb der EU ist höchst unterschiedlich. Den niedrigsten Motorisierungsgrad hat Lettland, in Italien gibt es dagegen in Relation zur Einwohnerzahl die meisten Autos. Auch das Durchschnittsalter der zugelassenen Pkw variiert je nach Land.

Vom praktischen Kleinwagen bis zur edlen Limousine – ein Auto ermöglicht vielen Menschen Flexibilität und Unabhängigkeit im Alltag. In der Europäischen Union waren im Jahr 2023 mehr als 256 Millionen Personenkraftwagen zugelassen. Damit kommen auf 1.000 EU-Bürger im Schnitt 570 Autos. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Pkw-Flotte in der EU um 1,4 Prozent vergrößert. Besonders beliebt ist der fahrbare Untersatz in Südeuropa (Grafik):

**Je 1.000 Einwohner sind in Italien 694 Pkw angemeldet.**

Ein Gebiet im Nordwesten Italiens verzeichnet europaweit den höchsten Motorisierungsgrad: Zwar kann niemand mehr als einen Wagen fahren, rein statistisch betrachtet können die Bewohner des Aostatal jedoch für jede Fahrt zwischen mehreren eigenen Autos wählen – die italienische Region kam im Jahr 2022 auf mehr als 2.300 Autos je 1.000 Einwohner. Ein begünstigender Faktor ist sicherlich finanzieller Natur: Für Aostataler sind die Kfz-Steuerätze laut Eurostat bei Neuzulassungen besonders niedrig.

Die Bundesrepublik liegt mit einem Motorisierungsgrad von knapp 590 Autos je 1.000 Einwohner unter den Top Ten in Europa: Insgesamt gab es hierzulande Anfang des vergangenen Jahres annähernd 50 Millionen zugelassene Fahrzeuge,

zahlenmäßig sitzen also in jedem gemeldeten Pkw 1,7 Bundesbürger.

**Die höchste Autodichte in der Bundesrepublik hatte im Jahr 2022 das Saarland mit 655 Autos je 1.000 Einwohner, gefolgt von Rheinland-Pfalz (630 Pkw) und Bayern (623 Pkw).**

Die wenigsten Fahrzeuge besitzen die Berliner: In der Hauptstadt nennt nur knapp jeder dritte Einwohner eine Scheese sein Eigen.

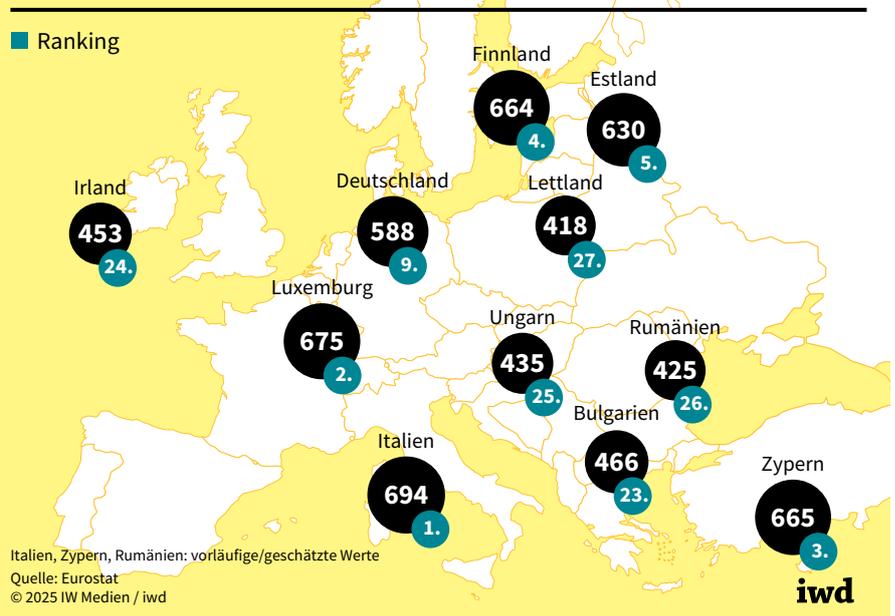
Auf den Straßen der Bundesrepublik fahren laut des europäischen Automobilherstellerverbands (ACEA)

vergleichsweise junge Pkw: Zu Beginn des Jahres 2023 stieg das Durchschnittsalter der zugelassenen Autos hierzulande zwar leicht und betrug nun 10,3 Jahre, es liegt aber immer noch unter dem EU-Schnitt von 12,5 Jahren.

An der Spitze des Altersrankings steht Luxemburg mit einem mittleren Flottenalter von acht Jahren. Und wie bedeutende Teile der Kultur sind auch die Autos in Griechenland besonders alt: Sie bringen es laut ACEA im Durchschnitt auf stolze 17,5 Jahre.

## Pkw-Dichte: Große Unterschiede

Zahl der Personenkraftwagen je 1.000 Einwohner in den EU-Ländern im Jahr 2023



# Falsches Signal

**Migration.** In Deutschland arbeiten immer mehr Menschen aus dem Westbalkan, darunter viele Fachkräfte. Obwohl die Zahl der Bürgergeldempfänger aus dieser Region in den vergangenen zehn Jahren gesunken ist, will die Politik die Erwerbszuwanderung weiter einschränken – ein Fehler in Zeiten des Fachkräftemangels.

Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien – diese sechs Länder bilden den Westbalkan. Sie eint, dass sie zwar (noch) nicht zur Europäischen Union gehören, aber gemeinsam geografisch gesehen komplett von EU-Staaten umgeben sind.

Im Gegensatz zu Erwerbszuwanderern aus anderen Drittstaaten erhalten Menschen aus dieser Region seit 2015 ohne bestimmte Berufsqualifikationen Zugang zur Bundesrepublik – wenn ein Stellenangebot für sie vorliegt.

Allerdings erhalten hierzulande jedes Jahr nur maximal 50.000 Menschen vom Westbalkan einen Aufenthaltstitel. Nach Plänen von CDU/CSU und SPD soll dieses Kontingent künftig auf 25.000 halbiert werden.

Dagegen spricht jedoch unter anderem, dass Zuwanderer aus den sechs Staaten deutlich mehr Steuern und Abgaben zahlen dürften, als sie staatliche Leistungen beziehen (Grafik):

**Im August 2024 gingen rund 508.000 Menschen aus dem Westbalkan in Deutschland einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach – 300.000 mehr als noch 2015.**

Auch die Zahl der Fachkräfte ging stark nach oben – von knapp 120.000 vor zehn Jahren auf rund 300.000 im Jahr 2024. Gleichzeitig ist die Zahl der Bürgergeldempfänger aus diesem Gebiet leicht gesunken und liegt nun bei knapp 89.000.

Angesichts des demografischen Wandels und der zunehmenden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt wäre es daher sinnvoller, die Zuwanderung aus dieser Region stärker zu fördern. Zwar ist eine (vollwertige) EU-Mitgliedschaft zum jetzigen Zeitpunkt nicht realistisch – doch die Westbalkanländer sollten möglichst bald Zugang zum gemeinsamen europäischen Binnenmarkt erhalten, darunter fällt auch der freie Verkehr von Personen zwischen den Mitgliedsstaaten.

Andernfalls könnte sich die Region künftig von der EU abwenden, was nicht nur ökonomische, sondern auch

geopolitische Gefahren birgt: Staaten wie Russland könnten versuchen, über den Westbalkan Einfluss in unmittelbarer EU-Nähe zu gewinnen.

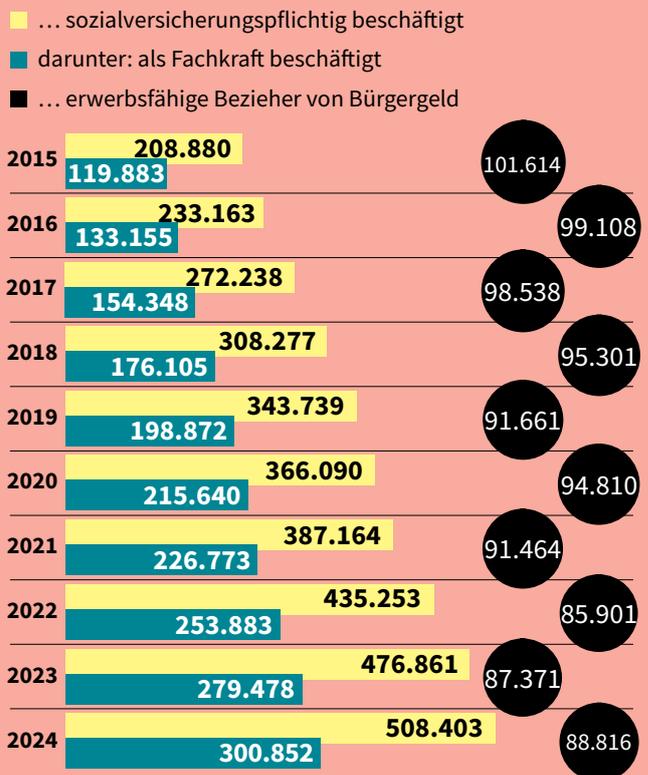
### IW-Kurzbericht 33/2025

Wido Geis-Thöne: Zuwanderung aus dem Westbalkan: Ein Gewinn für Deutschland

## Immer mehr Fachkräfte aus dem Westbalkan



So viele Menschen mit Staatsangehörigkeit der Westbalkanländer waren in Deutschland im August des jeweiligen Jahres ...



Westbalkan: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien  
 Fachkräfte: Personen mit abgeschlossener Berufs- oder Hochschulbildung

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2025 IW Medien / iwd

# Welcom! Svaagat! Hoş geldin!

**Hochschulen.** Deutschland bildet jedes Jahr viele Tausend internationale Studenten aus. Dass sich dies selbst dann rechnet, wenn nur ein Bruchteil von ihnen dauerhaft in der Bundesrepublik bleibt, hat nun das IW herausgefunden.

Sie heißen Sunita, Ravi, Bo oder Elif – und sie haben zwar alle unterschiedliche Fächer belegt, doch eines gemeinsam: Sie zählen zu den aktuell rund 380.000 internationalen Studenten in Deutschland. Internationale Studenten sind Personen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben und in der Bundesrepublik studieren oder im Rahmen dessen ein Praktikum, eine Hospitanz oder etwas Vergleichbares absolvieren.

Elif aus Istanbul ist nur für ein Austauschsemester über das Erasmus-Programm an der Uni in Bonn eingeschrieben, die anderen wollen länger bleiben und ihren Hochschulabschluss in Deutschland machen. Die Absicht, den Abschluss im Gastland zu erwerben, haben im Durchschnitt rund 90 Prozent der

internationalen Studenten, die sich besonders oft in zukunftsrelevanten Fächergruppen immatrikulieren (Grafik Seite 11):

**Im Wintersemester 2022/23 – dies sind die neuesten Daten – studierten in Deutschland von den rund 340.000 internationalen Studenten mit Bleibeabsicht mehr als 43 Prozent ein ingenieurwissenschaftliches Fach wie Informatik oder Umwelttechnik.**

Auch in Kunst, Mathematik und den naturwissenschaftlichen Fächern wie Biologie, Physik oder Geologie sind sie überproportional vertreten. Da ein beträchtlicher Teil der internationalen Studenten mit Abschlussabsicht längerfristig in Deutschland verweilt, stabilisieren sie nicht nur die demografische Entwicklung, sondern tragen auf-

grund ihrer Studienwahl auch zur Automatisierung der deutschen Wirtschaft bei, die aufgrund der zunehmend knapperen Fachkräfte erforderlich ist.

Ob sich die Ausbildung internationaler Studenten für Deutschland unterm Strich rechnet, hat nun das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Studie für den Deutschen Akademischen Austauschdienst untersucht. Denn zunächst entstehen ja beträchtliche fiskalische Belastungen für die weitgehend gebührenfreie Bereitstellung von Studienplätzen:

**Im Jahr 2022 kostete ein Studienplatz in Deutschland im Schnitt 10.040 Euro – bei einem vollständigen Studium von fünf Jahren kommen so knapp 55.000 Euro je Student zusammen.**

Auf der anderen Seite der Rechnung steht die Arbeitsleistung der internationalen Studenten. Etwa die Hälfte von ihnen geht bereits während des Studiums einer Erwerbstätigkeit nach. Im Durchschnitt arbeiten Studenten aus dem Ausland knapp 23 Stunden in der Woche. Bei einem unterstellten Bruttojahreslohn von 16.000 Euro und einer doppelt so hohen Wertschöpfung, wie sie laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung angenommen werden kann, ergibt sich je 1.000 internationaler Studenten ein Wertschöpfungsbeitrag von rund 15,4 Millionen Euro im Jahr respektive 77,1 Millionen in fünf Jahren.

## Ausländische Studenten rechnen sich

So viele Milliarden Euro Nettoerträge bleiben der öffentlichen Hand nach Abzug der Studienkosten aufgrund der knapp 79.000 internationalen Studenten, die 2022 mit der Absicht, ihr Studium in Deutschland zu beenden, in die Bundesrepublik gekommen sind, über deren Lebenslauf

Hohe Bleibequote



Mittlere Bleibequote



Niedrige Bleibequote



Bleibequote: differenziert danach, wie viele internationale Studenten in Deutschland ihren Abschluss erwerben, wie viele zunächst oder bis zu ihrem Lebensende in Deutschland bleiben

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Noch größer sind die Effekte nach dem Studium, da Hochschulabsolventen erstens ein höheres Einkommen erzielen als Studenten und sie zweitens nun Vollzeit arbeiten können. Bei einem Bruttojahreslohn von 62.000 Euro und einer wiederum unterstellten Wertschöpfung, die doppelt so hoch ist, sind dies je 1.000 internationaler Hochschulabsolventen gut 107 Millionen Euro Wertschöpfungsbeitrag im Jahr.

Allerdings wird Deutschland nicht für alle Studienanfänger aus dem Ausland zu einer neuen Heimat. So beendet ein Teil von ihnen das Studium in Deutschland vorzeitig: Die Abbrecherquote von internationalen Bachelorstudenten beträgt 49 Prozent, die von internationalen Masterstudenten liegt bei 26 Prozent. Ein weiterer Teil kehrt zudem unmittelbar nach Studienabschluss in sein Heimatland zurück.

Eine OECD-Studie aus dem Jahr 2022 kam zu dem Ergebnis, dass die Bleibequote von mit Visa zur hochschulischen Ausbildung nach Deutschland im Jahr 2010 eingereisten Personen nach zehn Jahren bei 45 Prozent lag. Damit verzeichnet Deutschland unter den 16 betrachteten Ländern die höchste Quote an internationalen Studenten, die längerfristig im Gastland bleiben – auf einen ähnlich hohen Wert kommt nur Kanada.

Für die Ermittlung langfristiger fiskalischer Effekte der internationalen Studenten hat das IW drei unterschiedliche Varianten bezüglich der Bleibequoten berechnet. Im mittleren und wahrscheinlichsten Szenario gehen die Forscher davon aus, dass von 1.000 mit Abschlussabsicht ins Land kommenden Studienanfängern 400 über den Abschluss hinaus für weitere zehn Jahre in der Bundesrepublik bleiben und 200 davon langfristig, also bis zum Tod. Trotz der Kosten für die Studien-

plätze und der zu zahlenden Renten rechnet sich die Ausbildung der internationalen Studenten:

**Die langfristigen Überschüsse für die öffentliche Hand je 1.000 internationaler Studienanfänger betragen bei einer mittleren Bleibequote fast 196 Millionen Euro.**

Da jedoch wesentlich mehr Studenten aus dem Ausland ein Studium in Deutschland mit Abschlussabsicht aufnehmen, lohnt ein Blick auf den jüngsten Anfängerjahrgang, für den Zahlen vorliegen (Grafik Seite 10):

**Von den knapp 79.000 internationalen Studenten, die 2022 mit Abschlussabsicht nach Deutschland gekommen sind, ergibt sich über deren Lebenslauf bei mittlerer Bleibequote ein Nettoertrag für den Fiskus von knapp 15,5 Milliarden Euro.**

Tatsächlich lohnt sich die Ausbildung von Studenten aus dem Ausland unter rein finanziellen Aspekten bereits wesentlich schneller. Selbst bei einer niedrigen Bleibequote, bei der von 1.000 Studienanfängern nur 300 zehn Jahre nach Studienabschluss in Deutschland bleiben und davon wiederum nur 75 langfristig, sind die Gesamtsummen der Zahlungsströme spätestens fünf Jahre nach Studienende positiv. Im mittleren Szenario ist dies bereits drei Jahre nach Studienabschluss der Fall.

**Gutachten**

Wido Geis-Thöne, Thomas Obst, Axel Plünnecke, Julia Betz: Volkswirtschaftliche Effekte der Zuwanderung über die Hochschulen – Auswirkungen auf öffentliche Haushalte und Wertschöpfung in Deutschland

**IW-Kurzbericht 27/2025**

Wido Geis-Thöne, Axel Plünnecke: Internationale Studierende stärken öffentliche Finanzen und Wachstum

**Rund jeder achte Student kommt aus dem Ausland**

So viele internationale Studenten mit Bleibeabsicht studierten im Wintersemester 2022/23 in Deutschland

■ Anteil an allen Studenten in Prozent



Internationale Studenten mit Bleibeabsicht: ohne Austauschstudenten  
 Quellen: Wissenschaft weltoffen, Statistisches Bundesamt  
 © 2025 IW Medien / iwd

# Die Beitragslast

**Gesetzliche Krankenversicherung.** Die Zusatzbeiträge für die gesetzlichen Krankenkassen sind 2025 noch stärker gestiegen als erwartet. Die hohen Abgaben belasten zunehmend die Wachstumsperspektiven der Wirtschaft.

Jeden Herbst kalkulieren Experten im Bundesamt für Soziale Sicherung aufs Neue den Finanzbedarf für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Im Oktober 2024 kamen sie zu dem Schluss: Um die Kosten im Jahr 2025 zu decken, braucht es neben dem gesetzlichen Beitragssatz von 14,6 Prozent einen durchschnittlichen Zusatzbeitrag von 2,5 Prozent.

Diesen legt jede der 94 gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland individuell fest. Allein unter den Krankenkassen mit mehr als einer Million Versicherten schwankt er aktuell zwischen 2,45 und 4,4 Prozent. Berücksichtigt man die Mitgliederzahlen der einzelnen Kassen, dann ergibt sich ein höheres Mittel (Grafik):

**Im Durchschnitt lag der tatsächlich gezahlte Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung im März 2025 bei 2,9 Prozent.**

Die sprunghafte Erhöhung um 1,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr hat einen Hauptgrund: In den vergangenen beiden Jahren mussten die Kassen ihre Finanzreserven abschmelzen, um die Beiträge stabil zu halten. Diese Reserven sind nun fast vollständig aufgebraucht.

Damit trägt die GKV maßgeblich dazu bei, dass die gesamten Abgaben für die Sozialversicherungen im Schnitt auf 42,3 Prozent des Bruttoeinkommens gestiegen sind. Das IGES-Institut prognostiziert, dass der

Anteil bis 2029 auf 45,7 Prozent und bis 2035 sogar auf 48,8 Prozent steigen wird. Gesamtwirtschaftlich würde das laut Modellberechnung zu geringeren privaten Investitionen, einer schwächeren Inlandsnachfrage und einem geringeren Wirtschaftswachstum in den kommenden zehn Jahren führen.

In der Folge droht eine Negativspirale: Wachsen die beitragspflichtigen Einkommen deshalb langsamer als die Ausgaben in der GKV, müssen die Beitragssätze angehoben werden, was wiederum auf die wirtschaftlichen Wachstumsperspektiven drückt.

Deshalb ist es entscheidend, jetzt gegenzusteuern und die Ausgaben der GKV zu senken. Ein erster Schritt wäre, den Leistungskatalog der Krankenkassen kritisch zu hinterfra-

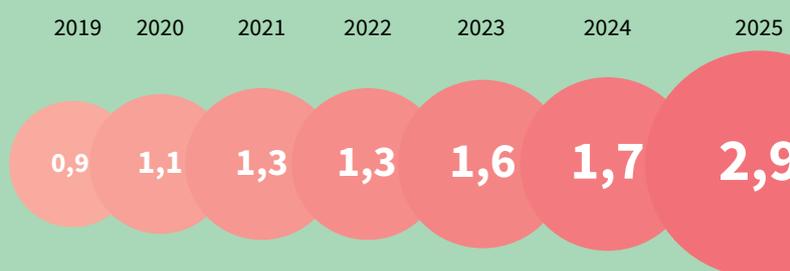
gen und sich auf die Kernleistungen zu fokussieren. Die Versicherten mehr in die Verantwortung zu nehmen, ist ebenfalls wichtig. So wäre ein zusätzlicher Betrag sinnvoll, der fällig wird, wenn jemand an der freien Arztwahl festhalten möchte. Sparen können Versicherte dann, wenn sie sich zum Beispiel freiwillig auf ein Modell beschränken, in dem die Kasse den Zugang zu Haus- und Fachärzten managed. Dafür braucht es mehr Wettbewerb zwischen den Kassen und zwischen den medizinischen Versorgern. Nur so lassen sich Fehlanreize und Ineffizienzen abbauen.

## IW-Kurzbericht 35/2025

Jochen Pimpertz: Zusatzbeitragssatz der Krankenkassen bei 2,9 Prozent

## Krankenkassen: Zusatzbeitrag steigt deutlich

So viel Prozent betrug der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland



2019 bis 2024: Daten des GKV-Schätzerkreises  
2025: IW-Berechnungen aufgrund der bis Ende März verfügbaren Daten

Quellen: GKV-Spitzenverband, Techniker Krankenkasse, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

# Akuter Platzmangel

**Industrieflächen.** Unternehmen, die sich neu ansiedeln oder expandieren wollen, finden hierzulande häufig keine Flächen. Das gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und bedeutet für die kommunalen Wirtschaftsförderungen eine große Herausforderung.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland soll digitaler, klimafreundlicher und bei der Versorgung mit Energie, Batterien und Mikrochips unabhängiger vom Ausland werden – diese Ziele sind unstrittig. Doch Unternehmen, die in diesen Bereichen investieren wollen, brauchen auch ausreichend Flächen, um beispielsweise Rechenzentren, Produktionshallen oder ihre Logistik zu etablieren oder auszubauen. Die auf Kreisebene verorteten Wirtschaftsförderungen berichten von einem hohen Bedarf der Unternehmen an solchen Flächen – doch das Angebot ist mau (Grafik):

**Im jüngsten IW-Wirtschaftsfördererpanel geben nur 4 Prozent der Befragten an, in ihrer Stadt oder ihrem Landkreis gebe es ausreichend vermarktungsreife Industrieflächen.**

Selbst wenn sie auf die in Zukunft eventuell nutzbaren Flächen für die Betriebe schauen, berichten gerade einmal 16 Prozent der Wirtschaftsförderungen von einer hinreichenden Verfügbarkeit.

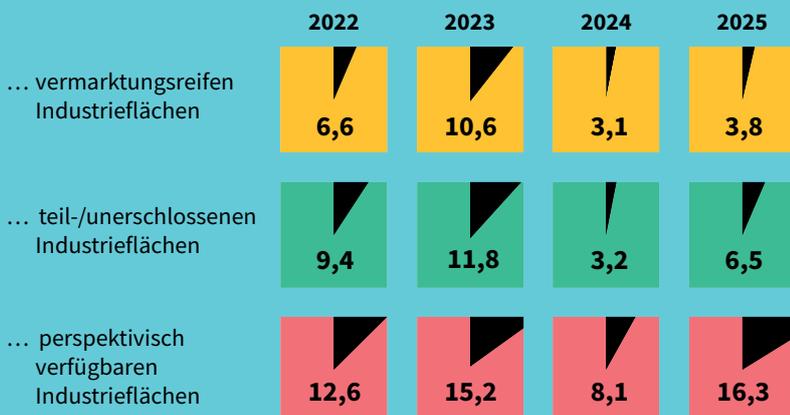
Besserung ist nicht in Sicht – etwa ein Drittel der Befragten geht sogar davon aus, dass Industrieflächen in den kommenden drei Jahren noch knapper werden.

Ein wesentlicher Grund für diese Befunde ist, dass es in den Kommunen offenbar an politischem Willen beziehungsweise den nötigen Mehrheiten fehlt, mehr Flächen für die industrielle Nutzung auszuweisen. Nach Ansicht von fast vier von zehn Wirtschaftsförderungen spielen dabei Bürgerinitiativen eine Schlüsselrolle – Interventionen aus der Zivilgesellschaft, unter anderem wegen befürchteter Umweltschäden, können Vorhaben verzögern oder sogar ganz verhindern.

Angesichts dessen müssen sich die Wirtschaftsförderungen umso mehr darum bemühen, zwischen Unternehmen, kommunalen Gremien und der Öffentlichkeit zu vermitteln und auftretende Konflikte zu moderieren. Eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderer ist zudem, der Politik sowie den Bürgerinnen und Bürgern einen grundlegenden Zusammenhang zu verdeutlichen: Wenn Unternehmen zu wenig Platz für Erweiterungen haben oder neue, innovative Firmen erst gar keine Chance auf eine Ansiedlung bekommen, drohen Wertschöpfungseinbußen und Arbeitsplatzverluste – und damit ein schrumpfender Wohlstand.

## Der Industrie fehlen Flächen

So viel Prozent der Wirtschaftsförderungen in Deutschland hielten die Verfügbarkeit von ... in ihrer Stadt oder ihrem Landkreis für absolut oder eher ausreichend



Jährliche Befragung von 110 bis 130 Wirtschaftsförderungen auf Kreisebene  
 Quelle: IW Consult  
 © 2025 IW Medien / iwd

# Der Preis ist zu heiß

**Arbeitskosten.** In der Metall- und Elektro-Industrie ist der internationale Wettbewerbsdruck hoch. Um mit der Konkurrenz mithalten zu können, sind Standortfaktoren wie das Arbeitszeitvolumen und die Kostenstruktur mitentscheidend. Deutschland schneidet bei diesen Faktoren schlecht ab.

Die Problemlage der deutschen Metall- und Elektro-Industrie ist derzeit äußerst vielfältig. Da wäre zum einen der Fachkräftemangel, mit dem die Branche zu kämpfen hat. Hinzu kommt ein hoher internationaler Wettbewerbsdruck. Vor allem chinesische Unternehmen haben –

auch aufgrund staatlicher Unterstützung – in den vergangenen Jahren ihre Position stärken können. Zu guter Letzt drohen aufgrund der geopolitischen Spannungen Handelskonflikte sowie neue Zölle, die der stark exportorientierten Branche besonders zusetzen würden.

Umso wichtiger ist es, dass die deutsche M+E-Industrie international konkurrenzfähig ist. Das ist aber in vielen Punkten nicht der Fall (Grafik):

**Die Arbeitszeit in der deutschen Metall- und Elektroindustrie ist die niedrigste im internationalen Vergleich.**

Im Jahr 2021 arbeitete ein M+E-Beschäftigter durchschnittlich 1.400 Stunden. In Polen waren es 650 Stunden mehr. Und auch andere wichtige Konkurrenten wie das Vereinigte Königreich lagen beim Arbeitspensum deutlich vor der Bundesrepublik. Auf umgerechnet 59 Arbeitstage im Jahr summiert sich hier der Abstand.

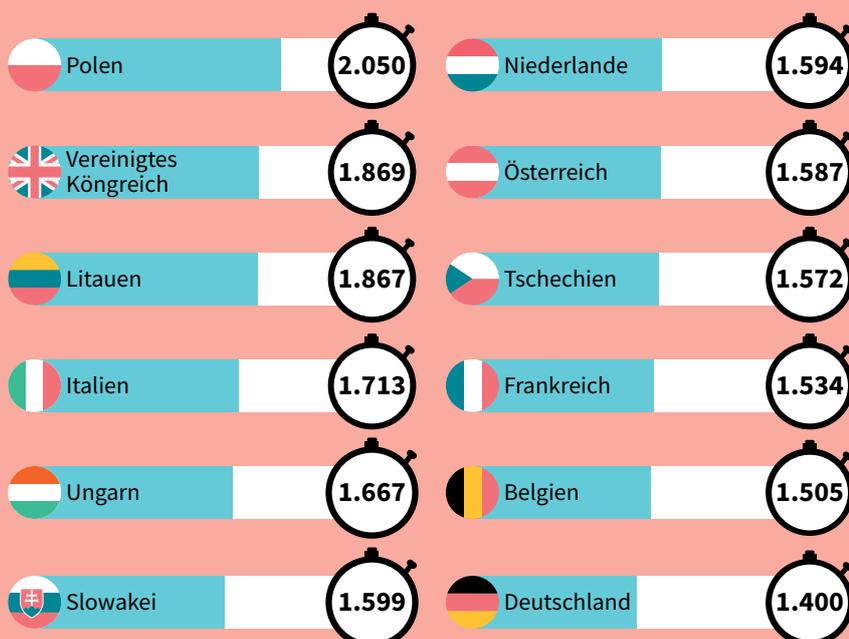
Die Gründe für die große Differenz sind eine mit 35 Stunden niedrige wöchentliche Regelarbeitszeit in der deutschen M+E-Industrie – in vielen Ländern liegt sie bei 40 Stunden – und die in Summe vielen freien Tage durch tariflichen Urlaub und gesetzliche Feiertage.

Das Arbeitszeitvolumen hat wiederum einen direkten Einfluss auf die Arbeitskosten. Auch hier schneidet Deutschland schlecht ab:

**Die deutsche Metall- und Elektro-Industrie hatte im Jahr 2019 – neuere Daten sind flächendeckend nicht verfügbar – mit gut 50 Dollar pro Stunde die höchsten**

## Deutsche M+E-Industrie: Geringe Arbeitszeit

Arbeitsstunden je Arbeitnehmer in der Metall- und Elektro-Industrie im Jahr 2021



Länderauswahl

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

**Arbeitskosten im internationalen Vergleich.**

Gegenüber den traditionellen Wettbewerbern lagen die Arbeitskosten in Deutschland rund 12 Dollar höher.

Das ließe sich durch eine höhere Produktivität ausgleichen, sodass die Lohnstückkosten insgesamt konkurrenzfähig wären. Deutschland hat zwar eine hohe, aber nicht die höchste reale Stundenproduktivität mit 70 Dollar. In den Vereinigten Staaten betrug sie zuletzt 81 Dollar. Die traditionellen Wettbewerber liegen im Mittel mit 62 Dollar auch nicht allzu weit zurück. Außerdem stiegen die Arbeitskosten in Deutschland zuletzt schneller als die Produktivität. Das hat für die heimischen Unternehmen Folgen (Grafik):

**Die deutsche M+E-Industrie hat im internationalen Vergleich hohe Lohnstückkosten und kann bei Weitem preislich nicht mit den großen Konkurrenten aus dem Vereinigten Königreich, den USA und Japan mithalten.**

Allein um auf das Niveau vom benachbarten Österreich zu kommen, müsste isoliert betrachtet die Produktivität in der deutschen M+E-Industrie um 11,7 Prozent steigen, der Arbeitgeberbeitrag um 12,6 Prozentpunkte sinken oder die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich pro Tag 49 Minuten höher sein.

Das Beispiel unterstreicht nochmals, wie sehr die deutsche M+E-Industrie unter Druck steht. Daher muss die Politik dringend verschiedene Maßnahmen einleiten, um die Unternehmen zu entlasten und

damit den Standort und die Arbeitsplätze zu sichern.

- Zunächst muss es das Ziel sein, die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent zu halten. Aktuell geht die Entwicklung hier in die falsche Richtung, sodass die neue Regierung dringend handeln sollte.

- Mehrarbeit muss attraktiver werden – zum Beispiel durch geringere Steuern und Abgaben für Überstunden.

- Die hohen Stromkosten sollte die Politik ebenso angehen, etwa durch eine effizientere Regulierung der Netzentgelte oder einen Industriestrompreis.

- Niedrigere Unternehmensteuern und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren können die Betriebe darüber hinaus entlasten und Freiraum für Investitionen in Innovationen schaffen.

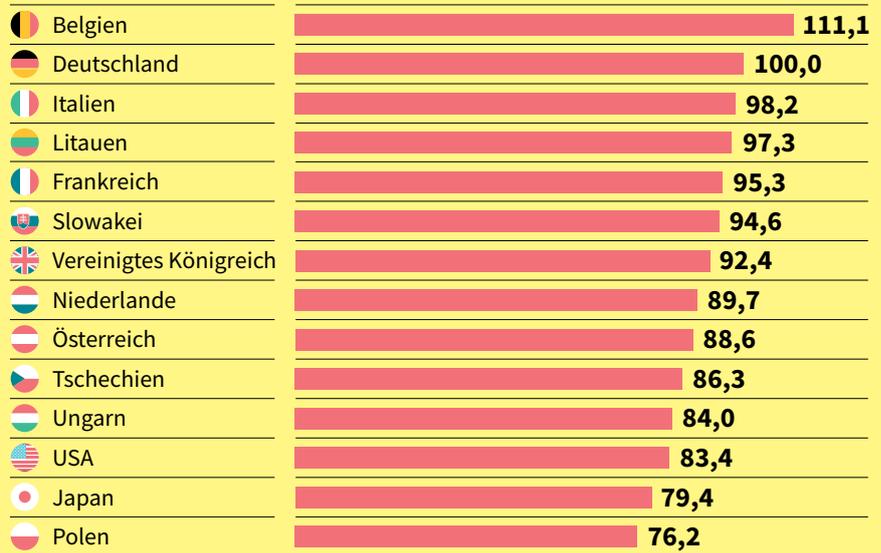
- Eine funktionstüchtige Infrastruktur – von der Straße bis zum Wohnungsangebot – ist sowohl für die Unternehmen als auch ihre Mitarbeiter wichtig. Hier sollte die Politik schnell für Verbesserungen sorgen.

**Gutachten**

Cornelius Bähr et al.: Elfter Strukturbericht für die M+E-Industrie in Deutschland

**Lohnstückkosten in der deutschen M+E-Industrie besonders hoch**

Lohnstückkosten in der Metall- und Elektro-Industrie im Jahr 2019; Deutschland = 100



Länderauswahl

Quellen: Bontadini et al., Institut der deutschen Wirtschaft © 2025 IW Medien / iwd



**Impressum**

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland  
 Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: €13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Wartich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



**Zahl der Woche**

# 9.800 Euro

zahlte der deutsche Staat im Jahr 2023 durchschnittlich für die Ausbildung eines Schülers an einer öffentlichen Schule. Das sind rund 300 Euro mehr als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Außer im Saarland sind die Bildungsausgaben pro Schüler in allen Bundesländern gestiegen. Rund drei Viertel der Kosten entfielen auf das Personal und etwa 14 Prozent auf den laufenden Sachaufwand wie beispielsweise Heizung, Strom und Wasser oder Lernmaterialien. Weitere 10 Prozent der Gelder wurden für Investitionen verwendet. Zwischen den verschiedenen Schulformen bestehen allerdings deutliche Unterschiede bei den Pro-Kopf-Ausgaben: Am höchsten waren sie mit 11.600 Euro an integrierten Gesamtschulen. Die Fachkräfte betreuen dort kleinere Lerngruppen und müssen auf unterschiedliche Leistungsniveaus eingehen. Außerdem bieten solche Schulen häufig ein erweitertes Ganztags- und Förderangebot. Berufsschulen haben dagegen geringe Kosten: Im Jahr 2023 wendeten sie im Schnitt nur 7.100 Euro je Schüler auf, was vor allem am überwiegenen Teilzeitunterricht in der dualen Ausbildung liegt. Im bundesweiten Vergleich waren die Kosten in Berlin mit 13.400 Euro am höchsten, gefolgt von Hamburg (12.300 Euro) und Bayern (11.300 Euro). Am unteren Ende lag Nordrhein-Westfalen mit lediglich 8.900 Euro pro Jahr und Schüler.

## Top-Liste: Alt, älter, am ältesten

81,4 Jahre – so alt werden laut Eurostat Menschen, die im Jahr 2023 in einem der 27 EU-Mitgliedsstaaten auf die Welt kamen. Aber wie das so ist mit Durchschnittswerten: Die wenigsten von ihnen dürften exakt im Jahr 2104 sterben, sondern entweder früher oder später. Die Wahrscheinlichkeit, noch ein paar Geburtstage mehr zu feiern als 81, ist in der EU in Spanien am größten: Dort beträgt die Lebenserwartung 84 Jahre, rund um den Ballungsraum Madrid sogar 86,1 Jahre. Auch in der Provinz Trento in Norditalien sowie im finnischen Åland ist die Lebenserwartung mit rund 85 Jahren besonders hoch. Frauen haben übrigens in allen EU-Ländern die Aussicht, älter zu werden als Männer – besonders groß ist der Abstand für den 2023er Jahrgang mit durchschnittlich mehr als zehn Jahren in Lettland.

### Lebenserwartung in der EU: Viva España!

So hoch ist die durchschnittliche Lebenserwartung von EU-Bürgern, die im Jahr 2023 auf die Welt gekommen sind, in Jahren



Spanien	84,0
Italien	83,5
Schweden, Malta, Luxemburg	83,4
Frankreich	83,0
Zypern, Irland	82,9
...	
<b>Deutschland</b>	<b>81,1</b>
...	
Litauen	77,6
Ungarn	76,7
Rumänien	76,4
Bulgarien	75,8
Lettland	75,6

Frankreich: vorläufig; Rumänien: Schätzung

Quelle: Eurostat

© 2025 IW Medien / iwd

iwd